

Verband der Beschäftigten des Gewerblichen Rechtsschutzes

Die Kompetenzgewerkschaft im Deutschen Patent- und Markenamt



Bericht von der 49. Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb in Köln: „Staat oder privat“

(dbb) Das Leitthema „Staat oder privat“ stand während der 49. Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb, die vom 6. bis 8. Januar 2008 in Köln stattfand, im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen. Der folgende Überblick informiert über die wichtigsten Ereignisse der traditionellen Jahresauftaktveranstaltung des dbb, die mit an die 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wieder außerordentlich gut besucht war. Auch der VBGR-Vorsitzende Jürgen Mume und sein Stellvertreter Franz Gotsis haben teilgenommen.

Geschäftsstelle München

Morassistraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jürgen Mume
Telefon 089.2195-3024

Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.de
www.vbgr.de

München, 14.1.2008

01/08



Peter Heesen bei seiner Eröffnungsrede

dbb chef Heesen: Politik darf Entwicklung des öffentlichen Dienstes nicht länger behindern

Zum Auftakt der Kölner Tagung warnte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen vor einer „politisch gewollten Behinderung von Entwicklungsmöglichkeiten für den öffentlichen Dienst“. „Wer auch jetzt noch sagt: ‚Weiter so wie bisher‘, der wird sich schuldig machen an der Sicherung der Funktionsfähigkeit und damit an der Akzeptanz unseres Gemeinwesens“, sagte Heesen. „Noch haben wir Gestaltungschancen für eine gute Zukunft unseres Staates, wer zu lange wartet, verpasst sie.“

Eine deutliche Steigerung der Einkommen im öffentlichen Dienst sei nach rund dreieinhalb Jahren der Enthaltensamkeit „aus einem ganzen Strauß von Gründen gerechtfertigt“, betonte der dbb Chef. Aus Enttäuschung über ihre Dienstherren und Arbeitgeber hätten manche Beschäftigten ihr Berufsethos preisgegeben und sich zu Jobinhabern gewandelt. Handlungsbedarf bestehe unter anderem in den Bereichen Lebensmittelkontrolle, Steuerprüfung, Bildung und innere Sicherheit

Auch wegen der dringend notwendigen Nachwuchsgewinnung müsse der öffentliche Dienst durch ein deutlich verbessertes Bezahlungsniveau wieder attraktiver werden.

aktuell

„Die Zeiten, wo die Entwicklung des öffentlichen Dienstes durch das Prinzip der Kostenneutralität geprägt war, sind vorbei.“

Heesen warnte vor Fehlentwicklungen in einigen Dienstleistungsbereichen durch die Privatisierung staatlicher Leistungen. So sei es „ein fataler Fehler“, die eminent hoheitliche Aufgabe von Gerichtsvollziehern in die Hände Privater zu geben. Die staatliche Verantwortung nicht nur in den klassischen Bereichen der Gefahrenabwehr, sondern

Deutschland sei unter den Ländern der Euro-Zone Schlusslicht bei den Investitionen in öffentliche Dienstleistungen. „Wir machen unseren Staat künstlich schlecht, von Staats wegen leistungsschwach, und die Verantwortlichen für diesen Unfug sind auch noch stolz darauf“, kritisierte Heesen. Er appellierte an die politisch Verantwortlichen, mit der Behandlung der Beschäftigten auf der Basis von Sparen und Kürzen aufzuhören. „Hier geht es um Menschen, die anderen dienen. „Gemeinsam müsse ein Weg zur Lösung der Probleme gefunden werden: „Mehr Gemeinsames und weniger Trennendes - das ist die Botschaft.“



DBB-Bundesvorsitzender Peter Heesen

Bundesinnenminister Schäuble: Arbeitgeber werden in Einkommensrunde 2008 „Augenmaß“ wahren

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble versprach in seiner Ansprache am 7. Januar für die bevorstehenden Tarifverhandlungen „Augenmaß von Seiten der Arbeitgeber“: „Die Forderung liegt auf dem Tisch“, sagte Schäuble und versicherte: „Niemand wird vergessen, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet haben.“ Er freue sich auf „intensive Verhandlungen“ mit den Gewerkschaften und setze auf Partnerschaft. „Ich bin optimistisch, dass wir rasch zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.“

Der Bundesinnenminister plädierte für den Erhalt von Besoldungs- und Tarifbereich im öffentlichen Dienst. „Wir brauchen beide Systeme, sie haben sich bewährt“. Mit Blick auf das

Tagungsthema „Staat oder privat?“ sagte er, die Senkung der Staatsquote in den vergangenen Jahren in Deutschland sei notwendig und vernünftig gewesen. Wo dabei überzogen worden sei, müsse korrigiert werden, räumte Schäuble ein.



Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble

NRW-Ministerpräsident Rüttgers: Bei Verwaltungs-Strukturreformen gemeinsam nach Lösungen suchen

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers unterstrich seine Bereitschaft, die notwendigen Strukturreformen für den öffentlichen Dienst in NRW mit dem dbb zu diskutieren und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Die bereits begonnene Haushaltskonsolidierung sei nicht zu umgehen und werde fortgesetzt, sagte Rüttgers am 7. Januar in seiner Ansprache. „Ohne Haushaltskonsolidierung geht es nicht.“ Deshalb würden im öffentlichen Dienst einerseits bis 2010 insgesamt zwar 10 000 Stellen abgebaut, andererseits aber gleichzeitig in Mangelbereichen zusätzliche Stellen geschaffen. Dies betreffe unter anderem die Schulen oder die Polizei, für die jährlich 1.100 Polizeianwärter neu eingestellt würden.

Rüttgers wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass insbesondere der höhere und gehobene Dienst bereits „einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung“ geleistet habe. Eine Erhöhung der Bezüge um 2,9 Prozent in 2008 sei vorgesehen. Elemente der Leistungsbezahlung, zum Beispiel die Leistungsprämie, würden hinzukommen, denn „wir brauchen echte Leistungsanreize“, bekräftigte der Ministerpräsident die vom dbb seit langem vertretene Auffassung. Ab 2009 werde Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Einkommenspolitik Beamte und Tarifbeschäftigte zudem nicht mehr unterschiedlich behandeln.

Mit Blick auf die bereits im Sommer 2005 eingeleiteten Maßnahmen zur Verwaltungsstrukturreform wies Rüttgers darauf hin, dass die Maxime „Staat vor privat“ genauso falsch sei wie „privat vor Staat“. „Der Staat muss den Menschen Sicherheit geben, darf sie aber nicht

bevormunden.“ Rüttgers sagte zu, die Gewerkschaften frühzeitig in alle entsprechenden Maßnahmen einzubinden, um zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen: „Ich will das Jahr 2008 nutzen, um mit dem dbb über diese Projekte zu reden“, so Rüttgers.



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers

forsa-Geschäftsführer Güllner: Die Hälfte der Bürger findet Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen schlecht

„Die Erfahrungen der Bürger mit Privatisierungen sind eher negativ als positiv“, erklärte der Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa, Manfred Güllner, den Tagungsteilnehmerinnen und Teilnehmern am 8. Januar bei der Vorstellung der Ergebnisse einer vom dbb in Auftrag gegebenen Studie. „Weitere Privatisierungen werden immer kritischer gesehen.“

Zum Thema „Privatisierung staatlicher Leistungen - Was wollen die Bürger?“ hatte forsa Ende vergangenen Jahres 1.508 Bürgerinnen und Bürger befragt, darunter 501 im öffentlichen Dienst Tätige. Damit sei die Umfrage sowohl repräsentativ für die Gesamtbevölkerung als auch für die Beamten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Sektor, so Güllner. Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen führte die negativen Erfahrungen der Bürger mit Privatisierungen auf eine „lange Liste von Fehlentwicklungen“ zurück. „Entgegen der Behauptung, private Leistung sei besser und noch dazu billiger als öffentliche Dienstleistung haben wir die leidvolle Erfahrung gemacht, dass vieles teurer und mitnichten besser geworden ist.“

50 Prozent der Befragten hatten ihre generelle Einstellung zur Privatisierung als weniger gut beziehungsweise schlecht bezeichnet, 47 Prozent als gut. Die Einstellungen der Bürger zu Privatisierungen unterscheiden sich der Erhebung zufolge in Ost und West nur wenig: 36 Prozent im Osten und 49 Prozent im Westen finden das gut, weniger gut beziehungsweise schlecht im Osten 62 Prozent, im Westen 47 Prozent. Auch zwischen Beamten (41 Prozent: gut, 57 Prozent: schlecht) und Tarifbeschäftigten (46 / 51 Prozent) differieren die Haltungen nur geringfügig. Nach Altersgruppen differenziert war die Zustimmung zu Privatisie-

rungen am größten in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen (53 Prozent) und am geringsten unter den Befragten im Alter ab 60 Jahren (41 Prozent).

Als Argumente gegen Privatisierungen führten Befragte vor allem an, Privaten gehe es nur um Gewinnmaximierung (74 Prozent). 58 Prozent sagten, nur der Staat könne die flächendeckende Versorgung garantieren, er garantiere auch angemessene Preise (52 Prozent). Unbedingt weiter in staatlicher Hand bleiben sollten demnach Polizei (sagen 96 Prozent), Gerichtswesen (96), Strafvollzug (90 Prozent) sowie Finanzverwaltung, Feuerwehr, Schulen, Rentenversicherung und Hochschulen. Von privaten Unternehmen könnten Arbeitsvermittlung, Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr, Müllentsorgung sowie Theater und Museen betrieben werden. Für weitere Privatisierungen sprechen sich nur 16 Prozent aus, das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen so lassen wie derzeit wollen 51 Prozent und 28 Prozent sind der Meinung, private Dienstleistungen sollten wieder in den öffentlichen Dienst überführt werden.

Bundesjustizministerin Zypries: Zuviel Rückzug des Staates nicht sinnvoll

„Wer glaubt, mehr Privatisierung würde auch zu weniger Staat, Gesetzen und Paragraphen führen, der täuscht sich,“ stellte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries in ihrem Fachvortrag „Wieviel Privatisierung verträgt der Staat?“ am 8. Januar klar. Im Telekommunikationsbereich habe sich die Zahl der einschlägigen Gesetze durch die Privatisierung verdreifacht.

Auswüchse, Übertreibungen und enttäuschte Erwartungen von Privatisierungen seien allseits bekannt. Deshalb „ist es kein Wunder, dass die Skepsis gegenüber weiteren Privatisierungen wächst“, so Zypries weiter. Dass sich der Staat in den vergangenen Jahrzehnten von vielen Wirtschaftsunternehmen und Beteiligungen getrennt hat, sei richtig. Allzu häufig sei dies aber „allein unter dem Druck einer schlechten Haushaltslage“ geschehen, was „keine gute Ausgangsposition“ sei.

Zypries meldete Zweifel an, „ob in manchen Bereichen eine Privatisierung wirklich praktikabel und damit auch ökonomisch sinnvoll ist“, etwa im Maßregelvollzug. Als „Treppenwitz“ bezeichnete die Ministerin, „dass sich in diesen Tagen einige Politiker mit schneidigen Parolen gegen Jugendkriminalität ins Bild setzen, während zum Teil die gleichen Akteure durch Privatisierungen und Mittelkürzungen dieses Problem noch verschärft haben“. Privatisierung dürfe nicht zum Sicherheitsrisiko werden.



Bundesjustizministerin Brigitte Zypries bei ihrer Rede



Bundesjustizministerin Brigitte Zypries im Gespräch mit dem VBGR-Vorsitzenden Jürgen Mume

Streitgespräch: Viele Privatisierungen sind missglückt – Öffentlicher Dienst muss wettbewerbsfähig bleiben

Die negativen Erfahrungen mit Privatisierungen öffentlicher Leistungen sind auch auf Dilettantismus und mangelnde Weitsicht bei der Durchführung zurückzuführen. Das war ein Ergebnis des eher auf Konsens als auf Disput angelegten Streitgesprächs zwischen dem stellvertretenden FDP-Bundvorsitzenden Rainer Brüderle und dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Rudolf Körper zum Abschluss der Arbeitstagung.

Brüderle kritisierte vor allem, dass Monopolbildungen, die jetzt beispielsweise im Energiesektor für enorme Preissteigerungen sorgten, nicht von vornherein verhindert worden sind. Staatliche Vorgaben bei Privatisierungen böten sich auch an, wenn eine gleichmäßige flächendeckende Versorgung durch die privaten Anbieter gewährleistet bleiben soll.

Die in der Vergangenheit durch Privatisierungen öffentlicher Leistungen eingetretenen negativen finanziellen Folgen und entstandenen Unterversorgungen beklagte Fritz Rudolf Körper. Er warnte davor, durch eine Fortsetzung der Bahnprivatisierung weitere Bürger vom Eisenbahnverkehr abzukoppeln. Körper forderte, künftigen Privatisierungen genaue Einzelfall-

untersuchungen vorangehen zu lassen, in denen Zweckmäßigkeit und Vorteil der beabsichtigten Maßnahme nachzuweisen sei.

Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer darüber, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb mit den Privaten eine faire Chance erhalten muss und nicht von vornherein benachteiligt werden darf. Entwicklungsmöglichkeiten böten sich unter anderem durch ein flexibles und differenzierte Bezahlungssystem, mit dem auch notwendige Spezialisten gewonnen werden können.

Heesen-Schlusswort: Dem Staat darf nicht nur der „Schrott“ an Aufgaben überlassen bleiben

In seinem Schlusswort zum Ende der Arbeitstagung fasste dbb Chef Peter Heesen noch einmal die Hauptargumente und –gedanken zum Problemfeld einer Privatisierung staatlicher Aufgaben zusammen.

Eine Fortsetzung der Entwicklung, in der „der Staat den Schrott macht und den lukrativen Rest private Dienstleister“, werde der dbb nicht mittragen, so Heesen. Der Staat dürfe sich nicht davon abhalten lassen, seine Aufgaben in allen Bereichen der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Deshalb sei es notwendig, die Debatte um „Staat oder privat“ weiter zu führen: „Wir brauchen hinsichtlich dieser Frage eine nachhaltige Entscheidung. Wir müssen eine Grundlage schaffen, auf deren Basis verlässliche Zukunftsperspektiven entstehen können.“

(01/01/08)



Hinweis: Die Reden und Ergebnisse der Arbeitstagung können Sie auf der Internetseite des DBB nachlesen.

Arbeitgeber legen Minus-Angebot vor: Weniger als nix!

„Was die Arbeitgeber heute hier vorgelegt haben, ist weniger als nix. Wir haben von Bund und Kommunen ein Minus-Angebot erhalten“, bewertete Frank Stöhr, Verhandlungsführer der dbb tarifunion bei der Einkommensrunde 2008, das Angebot der Arbeitgeber. „Dieses ‚Angebot‘ ist eine Provokation und für jeden, der rechnen kann, schlichtweg eine Mogelpackung.“

Das „Angebot“:

- Durchschnittlich 2,5 Prozent in 2008 und 0,4 Prozent in 2009 linear mehr Gehalt bei einer Laufzeit von 24 Monaten
- Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden auch im Westen
- Keine Überleitungsregelungen

Damit käme die Modernisierung zum Erliegen. Noch offene Punkte des TVöD blieben bis auf weiteres unregelt

Das „Angebot“ der Arbeitgeber ist im Detail unter www.tarifunion.dbb.de nachlesbar.

Arbeitnehmer sollen noch Geld mitbringen

Berücksichtigt man, dass viele Kollegen noch 38,5 Wochenstunden arbeiten, macht die Erhöhung der Arbeitszeit um anderthalb Stunden allein schon ein Volumen von etwa 3,75 Prozent für die meisten Kollegen aus. Von daher erwarten Bund und Kommunen, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Einkommenserhöhung selbst finanzieren. Das Wort vom Minusangebot ist also keine gewerkschaftliche Demagogie, sondern Kalkül der Arbeitgeber von Bund und Kommunen. Nach fast vier Jahren ohne lineare Einkommensverbesserung und mittlerweile massiver Inflation wird ein solches „Angebot“ von den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen als Provokation aufgefasst. Wie anders soll beispielsweise ein Busfahrer diese „Offerte“ bewerten, wenn er zukünftig für nicht einmal 40 Euro netto mehr anderthalb Stunden länger arbeiten soll? Die zusätzliche VKA-Forderung nach einer zeitverzögerten Umsetzung der linearen Erhöhung in den Neuen Ländern bedeutet für diese Kolleginnen und Kollegen eine zusätzliche Verschlechterung. Hinzu kommt, dass eine Nichtverlängerung des Übergangsrechts für viele Beschäftigte



Bei der Pressekonferenz v.l.n.r. Thomas Böhle (VKA-Präsident), Wolfgang Schäuble (Bundesinnenminister), Frank Bsirske (ver.di-Chef) und Frank Stöhr (1. Vorsitzender der dbb tarifunion)

finanzielle Verluste mit sich bringt. Zur gemeinsam gewollten Modernisierung des Tarifrechts gehört auch, dass die Überleitungsregelungen bis zur Fertigstellung der neuen Entgeltordnung weiter gelten.

Krankenhäuser im Brennpunkt

Als ob dies allein nicht schon genug wäre, soll zusätzlich noch der Krankenhausbereich vom übrigen Öffentlichen Dienst abgekoppelt werden. „Im Klartext“, so Stöhr, „wollen die Arbeitgeber die durch die Gesetzgebung entstandenen Probleme in der Krankenhausfinanzierung erneut auf Kosten der Beschäftigten lösen. Die **dbb tarifunion** lehnt dies ab.“

Jetzt gilt's!

Diese Provokation der Arbeitgeber braucht nicht nur eine Antwort am Verhandlungstisch. Wir fordern die Arbeitgeber auf, ihr Angebot bis zur nächsten Verhandlungsrunde deutlich aufzustoßen. Im ganzen Land, in jedem Betrieb, in jeder Verwaltung brauchen wir jetzt eine eindeutige Unterstützung aller Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. „Dieses Minus-Angebot macht leider deutlich, welchen Stellenwert die Qualität öffentlicher Dienstleistungen und ein fairer Umgang mit den eigenen Beschäftigten für die Arbeitgeber hat“, sagte Stöhr gegenüber der Presse. „Wir haben das zur Kenntnis zu nehmen. Eine Lösung am Verhandlungstisch ist dadurch erheblich schwieriger geworden.“

Die dbb tarifunion hilft!

Als Gewerkschaftsmitglied unter dem Dach der **dbb tarifunion** sind Sie sicher, immer nach Tarifvertrag bezahlt zu werden. Nur Nähe mit einer persönlich überzeugenden Ansprache jedes Mitgliedes schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft. Die 39 Mitgliedsgewerkschaften der **dbb tarifunion** mit ihren über 360.000 Mitgliedern bieten ständige Kontakte ohne bürokratische Umwege. Als Gewerkschaftsmitglied unter dem Dach der **dbb tarifunion** genießen Sie kostenlosen Rechtsschutz für alles was im Zusammenhang mit der derzeitigen oder früheren beruflichen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit steht.

Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke der **dbb tarifunion**. Wir informieren schnell und vor Ort über **www.tarifunion.dbb.de**, durch das Flugblatt **dbb aktuell** oder durch das Magazin **tacheles**. Grundsatzwerke und Kommentierungen erscheinen in der Reihe **tarifunion schriften**.

Bestellung weiterer Informationen	
<input type="text"/>	Beschäftigt als:
<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r
<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin
<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Rentner/in
<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten
<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten
<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	Datum/Unterschrift
<input type="text"/>	Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gerne die passende Gewerkschaftsadresse: dbb tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 40 81-54 00, Fax (0 30) 40 81-43 99, E-Mail: tarifunion@dbb.de